

Die Digitalisierung hat auch in der Verwaltung Einzug genommen, die öffentliche Hand setzt zunehmend auf digitale Angebote und Dienstleistungen, was die Zugänglichkeit und Kundenfreundlichkeit erhöht. Viele Anwendungen sind standardisiert auf dem Markt erhältlich, werden entweder bei der Beschaffung für die jeweiligen Bedürfnisse angepasst ("proprietäre Software") oder aber es fallen regelmässige Lizenzgebühren an. Gemäss Schätzungen bezahlt beispielsweise der Bund alleine für die Nutzung von Office365 jährlich etwa 30 Mio. Franken Lizenzgebühren an Microsoft. Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche "Software as a Service"-Angebote, die bei Anbietern besonders beliebt sind: Die Nutzenden besitzen die Programme nicht mehr, sondern bezahlen für die Nutzung, wie bei einem Abo. Bei diesen Services haben Nutzende nur noch Zugriff auf die Software und besitzen diese gar nicht mehr, auch die Daten werden zunehmend nicht mehr lokal gespeichert.

Es gäbe Alternativen, sogenannte "Open Source Software" (OSS, worunter nachfolgend auch Free Open Source Software (FOSS) oder Free/Libre Open Source Software (FLOSS) mitgemeint sind). Solche Software basiert auf Quellcode, der frei zugänglich ist, für die eigenen Zwecke weiterentwickelt und wieder veröffentlicht wird. Dabei sind externe Aufträge, Beschaffungen und Service-Level-Agreements auch mit Open Source Software gut möglich und könnten sogar vermehrt IT-KMU in der Schweiz anstelle von grossen Silicon-Valley-Unternehmen zugutekommen. Daten- und Anwendungssicherheit können gewährleistet werden und es wäre sichergestellt, dass beispielsweise die mit einer Anwendung erstellten Inhalte auf unbegrenzte Zeit zugänglich und bearbeitbar sind. Letzteres ist gerade mit Blick auf das Öffentlichkeitsprinzip und die Archivierung von öffentlichen Informationen besonders wichtig.

Open Source Software ermöglicht bedürfnisorientierte Individualentwicklung ohne "Lock-In"-Effekte. Ein Wechsel des Betreibers bei proprietären Systemen bedeutet (meist) das Aufgeben der ganzen Software und ein kompletter Relaunch, der Handlungsspielraum ist entsprechend eingeschränkt. Zudem ist jede Veränderung mit hohen Kosten verbunden, da ein Wechsel des Anbieters noch viel grössere Kosten mit sich bringen würde. Bei Open Source Lösungen kann jeder neue Anbieter den Code nutzen und nahtlos daran weiterarbeiten. Allfällige Einsparungen bei Lizenzgebühren und Beschaffungen können dabei vermehrt in die Entwicklung und den Ausbau und die Verbesserung von Services und Dienstleistungen für die Bevölkerung gesteckt werden. Denn diese Programme funktionieren teilweise noch nicht so gut wie kommerziell etablierte Angebote, da nicht annähernd so viel Zeit und Geld in die Entwicklung gesteckt wird. Wenn ein Teil der öffentlichen Geldern anstelle von Investitionen in proprietäre Software und Lizenzgebühren in die Weiterentwicklung von Open Source Software fliessen würde, würden diese Anwendungen schnell benutzerfreundlicher werden.

Analog zum Grundsatz von Open Government Data – dass nämlich Daten, die mit öffentlichen Geldern erhoben werden, sofern es sich nicht um schützenswerte Daten handelt, kostenfrei und weiterverwendbar der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen – gibt es auch Bestrebungen, dass Software-Anwendungen, die mit öffentlichen Geldern entwickelt werden, vermehrt auf "Open Source Software" (OSS) setzen. Die Grundregel würde dementsprechend lauten: Öffentliches Geld wird investiert, wenn danach die Daten und der Code öffentlich sind.

Die Antragstellerin dankt der Regierung für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann sich die Regierung vorstellen, bei Eigenentwicklungen und Software-Anwendungen vermehrt auf OSS sowie Partner mit entsprechenden Kompetenzen zu setzen und dies in der gesamten Verwaltung aktiv voranzutreiben?
2. Wie viele eigene Software-Anwendungen wurden in den letzten 5 Jahren von kantonalen Ämtern und Abteilungen entwickelt? Können diese nach Departement aufgeschlüsselt werden?
3. Bei wie vielen dieser Anwendungen wurde auf OSS gesetzt?
4. Wie viele laufende SaaS-Verträge hat die Regierung mit nationalen bzw. internationalen Anbietern? Wie hat sich diese Zahl über die letzten 5 Jahre entwickelt?
5. In welchem Umfang bewegen sich die kantonalen jährlichen Ausgaben für Lizenzgebühren? In welchem Verhältnis stehen diese zu den Gesamtausgaben für IT? Sieht die Regierung diesbezüglich Sparpotenzial durch den Einsatz von OSS?
6. Sind derzeit konkrete, auch kleinere, Projekte in Planung, bei denen die Verwaltung auf OSS setzen könnte und damit vermehrt Erfahrungen sammeln könnte?

Salome Bessenich